
Newsletter Juli/August 2017

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Mitteilungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 9
Veröffentlichungen, Wissenswertes.....	S. 12
Neu in der Bibliothek.....	S. 14
Am rechten Rand.....	S. 16
Bildnachweise und Impressum.....	S. 17

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

dank eines mitunter bizarren Streits anlässlich einer (Nicht-) Ausstrahlung der Fernsehdokumentation „Auserwählt und Ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“ wurde das Thema Antisemitismus in den letzten Wochen breit diskutiert. Nachdem der Sender Arte eine Ausstrahlung zunächst abgelehnt hatte, schwang sich die Bild-Zeitung als Verteidigerin der offenen Debatte auf und stellte die Dokumentation für 24 Stunden online. Nach heftigen öffentlichen Diskussionen zeigten wenige Tage später sowohl die ARD als dann auch Arte den vom WDR für Arte produzierten Film. Bestandteile der Diskussion waren Fragen von handwerklichen Fehlern bis hin zum Vorwurf von Zensur.

Zweifelsohne weist die Dokumentation, die den aktuellen Antisemitismus in Europa hauptsächlich am Beispiel der Israelfeindschaft festmacht, stilistische und inhaltliche Mängel auf – was sich aber sicherlich über etliche andere Dokumentationen gleichermaßen sagen ließe, ohne dass sie aus dem Programm genommen werden und eine entsprechende Diskussion nach sich ziehen. Auch die Entscheidung des WDRs, den Film nur mit eingebledeten Kommentaren des Senders zu zeigen und einen eigenen begleitenden „Faktencheck“ im Internet zu veröffentlichen, dürfte in dieser Form als Novum gelten.

Zu den Mängeln des Films gehört u.a. eine sehr einseitige Darstellung des Nahostkonflikts – was einerseits unnötig und andererseits ärgerlich ist, weil die Filmemacher/innen eben jene Einseitigkeit den Israelgegnern vorwerfen. Auch durch die Unentschlossenheit zwischen Polemik und Sachlichkeit wirkt die Dokumentation stellenweise nicht sehr seriös.

Zu den Pluspunkten zählt die Darstellung von Positionen jenseits bekannter Dichotomien, indem etwa jüdische und arabische Mitarbeiter/innen eines Jerusalemer Krankenhauses über die gemeinsame Arbeit berichten. Oder die Darstellung einer Firma aus der West-Bank, die palästinensischen Angestellten einen guten Arbeitsplatz bietet oder Menschen in Gaza, die erklären, warum sie von der Hamas-Regierung die Nase voll haben. Ebenso hervorzuheben, wenn auch erschütternd, ist die Befragung Pariser Jüdinnen und Juden, die von alltäglichem Antisemitismus und ihrem Wunsch nach Israel auszureisen erzählen. Positiv ist außerdem, dass der Film aufzeigt, dass sich Gesellschaft mit dem Problem Antisemitismus als Querschnittsthema befassen muss.

Zu wünschen wäre es, die bittere Realität, die die Dokumentation zeigt, endlich wahrzunehmen und zu bekämpfen – ohne ständig den Nahostkonflikt ins Feld zu führen. Wer jüdische Einrichtungen in Europa für die israelische Politik in Haftung nimmt, ist bereits Teil des Problems Antisemitismus. Schlussendlich wird wieder einmal deutlich, wie brisant das Thema zu sein scheint und wie wenig differenziert die Auseinandersetzung um Antisemitismus leider oft geführt wird.

Wir danken Moritz Maurer für die Unterstützung bei dieser Ausgabe sowie Julia Klatt und Dr. Werner Jung für Ihre Beiträge. Wir hoffen, dass wir wieder viele interessante Hinweise für Sie zusammenstellen konnten.

Patrick Fels und Ilja Gold,
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“

Führung, Samstag, 1. Juli 2017, 14 Uhr und

Donnerstag, 6. Juli 2017, 18.30 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im NS.

Führung mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (Donnerstag, 6. Juli ist KölnTag: Freier Eintritt für alle Bürger/innen mit Wohnsitz in Köln)

Führungsgebühr: fällt nicht an

„Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Ausstellungseröffnung, Donnerstag, 6. Juli 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Die Ausstellung dokumentiert den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma: von der Ausgrenzung und Entrechtung der Minderheit im Deutschen Reich bis zu ihrer systematischen Vernichtung im besetzten Europa. Der menschenverachtenden Perspektive der Täter werden Zeugnisse der Opfer gegenübergestellt.

Historische Familienfotos von Sinti und Roma geben Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Menschen und lassen sie als Individuen hervortreten. Die Ausstellung macht die zerstörten

Lebenswege hinter den abstrakten Dokumenten der bürokratisch organisierten Vernichtung sichtbar.

Behandelt wird auch die Geschichte der Überlebenden im Nachkriegsdeutschland, die erst spät als NS-Opfer anerkannt wurden. Es war die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma, die die ideologischen und personellen Kontinuitäten aus der Zeit des „Dritten Reiches“ zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte gemacht hat. Am Ende der Ausstellung steht ein Ausblick auf die Menschenrechtssituation der Sinti- und Roma-Minderheiten in Europa nach 1989.

Die Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, gefördert von der Kulturstiftung des Bundes, ist vom 7. bis zum 9. Juli im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Öffentliche Führungen:

Sonntags: 16. Juli, 20. August und 17. September 2017, jeweils 14 Uhr, mit Martin Vollberg

Donnerstags: 31. August 2017, 15 Uhr, mit Barbara Kirschbaum (für Senioren)

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro zzgl. 2 € Führungsgebühr

RomBuK – Bildung und Kultur im Rom e.V. – Ein Einblick in die Bestände des Archiv- und Dokumentationszentrums

Ausstellung, 7. Juli bis 8. Oktober 2017, EL-DE-Haus



Das Archiv und Dokumentationszentrum des Kölner Rom e.V. zu Geschichte und Kultur der Roma gibt es seit 1999. „Rom-BuK“ heißt es seit 2017, um die Vielfalt seiner Bildungs- und Kulturaktivitäten zum Ausdruck zu bringen.

Neben einer Fachbibliothek bietet RomBuK eine bedeutende Samm-

lung an Grafik, Malerei, Bildpostkarten, Fotografie, Musik, Film sowie Dokumenten der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma. Ein

Schwerpunkt sind Materialien, die von Angehörigen der Minderheit selbst produziert wurden. Außerdem werden Entstehung, Ausprägung und Folgen des Antiziganismus dokumentiert. Diese Bestände zählen zu den bedeutendsten ihrer Art in Europa.

Die Ausstellung bietet einen Einblick in die Arbeit von RomBuK, das sich auch mit Veranstaltungen und Seminaren als Bildungs- und Kulturzentrum weit über Köln hinaus einen Namen gemacht hat.

Die Ausstellung des Rom e.V. mit Unterstützung des NS-Dokumentationszentrums ist parallel als „Kleine Ausstellung im Kabinett“ begleitend zur Ausstellung „Rassendiagnose Zigeuner“ im EL-DE-Haus („Gewölbe“) zu sehen.

Edelweißpiratenfestival 2017

Musikfestival, Sonntag, 9. Juli 2017, 14.30 Uhr, Friedenspark Südstadt

Ein lebendiges Denkmal zu Ehren der unangepassten Jugend während der NS-Diktatur im Friedenspark mit 25 Bands auf fünf Parkbühnen – Jahresthema: »Wir lachen, wenn man uns hetzt« + Ausstellung, Infoständen und Rahmenprogramm. 13 Jahre ist es her, dass aus dem Musikprojekt des NS-Dokumentationszentrums und der Sommerkonzertreihe des Humboldt e.V. das Kölner Edelweißpiratenfestival hervorgegangen ist. Es dient seither der lebendigen Erinnerung an die mutigen, unangepassten Jugendlichen während der NS-Diktatur. Wie damals bei den Edelweißpiraten steht die Musik als stärkster Ausdruck von Jugendkultur im Mittelpunkt. Dabei zeigt das Edelweißpiratenfestival, wie an einem ganz konkreten historischen Kristallisationspunkt Weltoffenheit und Heimatkultur zu einer starken, kreativen Einheit verschmelzen können. Die sehr unterschiedlichen, unangepassten Bands aus der regionalen



Musikszene interpretieren jeweils ein Lied aus dem Repertoire der Edelweißpiraten und verwandter Gruppen jener Zeit.

Infos zum Thema und Rahmenprogramm:
www.edelweisspiratenfestival.de

Mer Dikamen – Wir sehen uns

Erzählcafé, Donnerstag, 13. Juli 2017, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Sinti sind eine eigenständige ethnische Minderheit. Sie leben seit 600 Jahren in Deutschland, aber immer noch haben sie mit Vorurteilen zu tun. Wir wollen mit dieser gemeinsamen Veranstaltung dazu beitragen, Vorurteile durch Begegnung und Dialog abzubauen und gegenseitige Anerkennung und Toleranz vor Ort stärken. Dabei ist uns der Austausch mit Schülerinnen und Schülern besonders wichtig.

Das NS Dokumentationszentrum Köln lädt gemeinsam mit der SINTI Union Düsseldorf e.V. (Landesverband NRW) in Kooperation mit der Sinti Union Köln e.V. alle Interessenten zu einem Gespräch bzw. einer Begegnung der besonderen Art ein: zum moderierten Erzählcafé „Mer Dikamen“ – Wir sehen uns. Nach einer Führung durch die Sonderausstellung sowie die Dauerausstellung über Sinti kommen Sie in den

Dialog mit Sinti aus Köln und Düsseldorf. Hier erfahren Sie mehr über Kultur und Geschichte der Sinti, und zwar aus erster Hand, von Sinti selber. Die teilnehmenden Sinti erzählen in dieser Veranstaltung aus ihrem Leben und berichten über die Erfahrungen ihrer Familie in der Vergangenheit in Deutschland. Wir freuen uns auf spannende Geschichten, viele Fragen und interessante Diskussionen.

Die Veranstaltung findet im Rahmen des Projektes: „600 Jahre Vorurteile – Warum?“ mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW statt.

Anmeldung unter: Tel.: 0221 / 221 26 567 oder barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Das jüdische Köln – Sichtbares und Verborgenes

Exkursion, Sonntag, 30. Juli 2017, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Rundgang führt vom einstigen Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Anhand von Gebäuden, Personen und Geschichten erkunden wir die Vielfalt des Kölner Judentums in

Vergangenheit und Gegenwart.

Mit: Aaron Knapstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Foyer EL-DE-Haus

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 25.07.2017 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=21969&inst=14

Was geschah im EL-DE-Haus?

„Kinderführung“, Mittwoch, 16. August 2017, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Ausgerichtet auf die jüngsten Teilnehmenden wird die Geschichte des EL-DE-Hauses erzählt. In diesem Haus, mitten in Köln gelegen, arbeitete zehn Jahre lang, von 1935 bis 1945, die Kölner Gestapo. Besonders beeindruckend ist die Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis, wo sich an den Wänden noch die Inschriften der Gefangenen befinden.

Für Kinder ab 10 Jahren

Mit: Barbara Kirschbaum

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Führungsgebühr: fällt nicht an

„Kinder-Sprechstunde“ im EL-DE-Haus?

Gespräch/Führung, Mittwoch, 23. August 2017, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Warum ist Adolf Hitler an die Macht gekommen? Konnte er die Juden nicht leiden oder warum wurden sie verfolgt? Warum haben sich so wenige Menschen gewehrt?

Viele Fragen stellen sich uns, wenn wir etwas von der Hitler-Zeit gehört oder gesehen haben. In dieser Stunde können Kinder ihre Fragen loswerden, und wir versuchen, sie zu beantworten. Wir werden hierbei einzelne Räume in der Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ zu Rate ziehen, aber es gibt auch Bilder, Bücher, Hörspiele, die uns weiterhelfen können.

Dieses Angebot richtet sich an Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren, aber falls ein jüngeres Kind hier schon Fragen hat, kann es gerne

teilnehmen. Wenn die Eltern ihre Kinder begleiten, bitten wir sie, sich in dieser Stunde selbst zurückzuhalten und den Raum den Kindern zu überlassen.

Die Gedenkstätte Gestapogefängnis ist ausdrücklich ausgenommen, da sie einer eigenen Einführung bedarf. Zur Geschichte des EL-DE-Hauses und zur Gedenkstätte gibt ein spezielles Angebot, die Familienführung (s.o.)

Mit: Barbara Kirschbaum und Azziza Malanda

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Führungsgebühr: fällt nicht an

Rund um den Rathenauplatz

Exkursion, Sonntag, 27. August 2017, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Wir entdecken das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und viele heute unsichtbare Stätten der ehemals reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns. (Eine Besichtigung des Innenraumes der Synagoge findet in diesem Rahmen nicht statt.)

Mit: Aaron Knapstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: vor der Synagoge Roonstraße

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis: 22.08.2017 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=21967&inst=14

Bleiberechte statt Duldung und Abschiebung für Roma

Podiumsdiskussion, Donnerstag, 31. August 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Als Flüchtlinge „ohne Bleibeperspektive“ gelten in Köln fast 5.000 geduldete Flüchtlinge, vor allem Roma aus dem Westbalkan. Viele von ihnen sind schon länger als fünf Jahre in Köln, fast 1.000 schon mehr als 15 Jahre! Für diese Menschen ist Köln längst zur Heimat geworden.

Die menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die soziale und politische Ausgrenzung und Diskriminierung vieler Roma in den Westbalkanstaaten sind bekannt. Trotzdem werden diese Staaten als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft. Mit der rechtlichen Folge, dass Fluchtgründe nicht anerkannt, Asylanträge schnell abgelehnt werden und effektiver Rechtsschutz kaum möglich ist. Es gibt jedoch Ermessensspielräume, die seitens der Behör-

den zugunsten der Betroffenen angewendet werden können.

Darüber diskutieren: Dr. Lothar Becker, Leiter der Kölner Ausländerbehörde, Claus-Ulrich Pröls, Kölner Flüchtlingsrat und Mitglied der ausländerrechtlichen Beratungskommission, und Ossi Helling, Rom e.V.

Eine Veranstaltung des Rom e.V. in Zusammenarbeit mit dem NS-DOK und dem Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“

Eintritt: 4,50 €, erm. 2 €

Der große Wurf II

Die Entscheidung über die Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums steht bevor



Die Umsetzung der Idee, das NS-Dokumentationszentrum räumlich zu erweitern und thematisch zu einem „Haus für Erinnern und Demokratie“ zu entwickeln, nimmt konkrete Züge

an. Das NS-DOK hat bereits einen entsprechenden Ratsantrag entwickelt. Der Kulturausschuss beriet darüber auf seiner Sitzung am 27. Juni. In zahlreichen Wortmeldungen wurde sehr viel Lobendes über die Vorlage und das Projekt gesagt. Der Kulturausschuss hat die Vorlage in die nachfolgenden Gremien weitergeleitet, da sie etwas verspätet vorgelegt wurde und damit „verfristet“ war. So werden nun – wie vorgesehen – der Finanzausschuss am 10. Juli und der Rat am 11. Juli entscheiden. Wir sind gespannt und erwarten ein positives Ergebnis!

Im Vorfeld war es gelungen, eine einheitliche Verwaltungsmeinung herzustellen. Das bedeutet, nicht allein das Dezernat Kunst und Kultur, sondern auch die Kämmerin und vor allem auch die Oberbürgermeisterin haben unserem Antrag und den damit verbundenen Kosten zugestimmt. Die notwendigen Mittel wurden bereits für 2019 in den Haushalt eingestellt. Für die Herrichtung der neuen Räume werden einmalig 450.000 Euro benötigt und für die Mietzahlungen jährlich 240.000 Euro.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat sich nachdrücklich hinter unseren Vorschlag gestellt und erklärt: „Aus der Erinnerung und historischer Kenntnis kann eine demokratische Werterhaltung entstehen, die wir alle nach Kräften fördern müssen. Hier ergibt sich jetzt die gute Gelegenheit, einen beeindruckenden und wirkungsvollen Beitrag zu leisten, für den ich mich sehr einsetze.“

Mit dem „Haus für Erinnern und Demokratie“ soll ein wichtiger Beitrag zur Demokratieförderung geleistet und die pädagogische Arbeit sowie die Bildungsangebote verstärkt werden. Das Ziel der Demokratieförderung entwickelt sich vor allem aus der erfolgreichen Arbeit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK. Hierzu wird – wie bereits schon einmal berichtet – ein Erlebnismuseum geschaffen, das einen eigenen, auf Erlebnis

und Erfahrung, nicht primär auf Kognition ausgerichteten Zugang zum Themenfeld Demokratie ermöglicht. Es regt die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft an.

Eine Antwort auf die stark gestiegenen Besucherzahlen und die hohe Zahl von über 2.200 geführten Gruppen bilden Räume für Nachbesprechungen von Gruppen, die als „Erzählcafés“ gestaltet werden. „Kindersprechstunden“ stellen ein Angebot für Kinder und Familien dar. Workshopräume und ein großer Veranstaltungsraum verstärken das Bildungsangebot. Bibliothek und Dokumentation erhalten weiteren Platz für ihre Sammlungen.

Um das Konzept eines Hauses für Erinnern und Demokratie im EL-DE-Haus zu verwirklichen, benötigt das NS-Dokumentationszentrum das dritte und vierte Obergeschoss im EL-DE-Haus, die derzeit noch vom Rechts- und Versicherungsamt und dem Örtlichen Personalrat für das Dezernat Kunst und Kultur genutzt werden. Damit stünde dem NS-Dokumentationszentrum dann das gesamte EL-DE-Haus zur Verfügung. Dies stellt einen logischen Endpunkt und einen Schlussstein einer langen Geschichte des EL-DE-Hauses nach dem Ende Gestapozeit dar. Gerade dieser Ort bietet sich idealerweise dafür an, eine Verzahnung des Erinnerns an die NS-Zeit sowie der Förderung unserer Demokratie zu ermöglichen.

Der Zeitplan sieht vor, dass bis Ende des kommenden Jahres der Umzug der anderen Dienststellen aus dem EL-DE-Haus erfolgen wird. Das „Haus für Erinnern und Demokratie“ wird dann 2019 fertig gestellt.

Unsere erste große Erweiterung im EL-DE-Haus, die 2012 umgesetzt wurde, habe ich seinerzeit als einen „großen Wurf“ bezeichnet – und das Ergebnis und die darauf folgende Entwicklung haben mir Recht gegeben. Angesichts des umfangreichen neuen und hoch ambitionierten Projekts des „Hauses für Erinnern und Demokratie“ kann nun von einem „großen Wurf II“ gesprochen werden. Beides zusammen wird die gedeihliche und gute Entwicklung des NS-Dokumentationszentrums in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten garantieren.

Dr. Werner Jung
Direktor des NS-Dokumentationszentrums
der Stadt Köln

Gräber der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ in Köln NS-DOK macht Datenbank im Netz verfügbar



Auf mehr als 40 Kölner Friedhöfen finden sich rund 14.500 „Kriegsgräber“, die vorwiegend aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs stammen. Mit einer Datenbank auf der Homepage des NS-Dokumentationszentrums werden erstmals Informationen zu den in diesen Grabstätten Beigesetzten für Angehörige und Interessierte öffentlich verfügbar gemacht. In dieser Datenbank finden Sie Informationen zu rund 13.300 Männern, Frauen und Kindern, die als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gelten und deren Grabstätten auf Kölner Friedhöfen als Kriegsgräber dauerhaft von der öffentlichen Hand gepflegt werden. Außerdem finden Sie Angaben zu weiteren 1.200 Personen, die ebenfalls als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ angesehen werden können, deren Grabstätten aber aus verschiedenen Gründen nicht als Kriegsgräber erhalten worden sind. Das „Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ (Gräbergesetz) trat am 1. Juli 1965 in Kraft. Es dient, so heißt es in der Novellierung aus dem Jahr 2012, „dazu, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben“. Im Gräbergesetz ist unter anderem geregelt, welche im Inland liegenden Grabstätten als Kriegsgräber gelten und auf öffentliche Kosten gepflegt und dauerhaft erhalten werden sollen. Auf dem heutigen Kölner Stadtgebiet ist das städtische Amt für Landschaftspflege und Grünflächen für die Pflege der Kriegsgräber auf 44 Friedhöfen und zwei Beisetzungsstätten für NS-Opfer zuständig. Grundlage hierfür sind „Gräberlisten für öffentlich gepflegte Gräber“, die gemäß dem Gräbergesetz vom 1. Juli 1965 bundesweit angelegt wurden.

Zahlreiche Anfragen von Einzelpersonen, die auf der Suche nach ihren in Köln während des

Zweiten Weltkrieges verstorbenen Angehörigen waren, können auf der Basis der „Gräberlisten“ nicht beantwortet werden. Dafür sind vor allem zwei Gründe zu nennen: Entweder sind die Namen – dies gilt insbesondere für osteuropäische Namen – in den Gräberlisten so falsch geschrieben, dass die Personen nicht identifiziert werden können. Oder die Namen sind nicht in den Gräberlisten enthalten.

Um Angehörigen Informationen zur Verfügung stellen zu können, hat das NS-Dokumentationszentrum daher die Gräberlisten wissenschaftlich aufbereitet. Zunächst wurde auf der Grundlage der im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen aufbewahrten „Gräberlisten für öffentlich gepflegte Gräber“ die Datenbank „Kriegsgräber“ erstellt. In diesem ersten Arbeitsschritt wurden die in den Listen aufgeführten Informationen zu Grablagen, Namen, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort, Todesdatum und -ort oder Alter zum Zeitpunkt des Todes sowie Staatsangehörigkeit quellengetreu erfasst. Todesopfer aus der Zeit des Ersten Weltkrieges sind zwar in den Gräberlisten aufgeführt und auf Kölner Friedhöfen zu finden, wurden aber für diese Datenbank nicht berücksichtigt. Im nächsten Bearbeitungsschritt wurden die Personendaten auf der Basis weiterer Quellen erweitert sowie Angaben zu bisher nicht berücksichtigten Personen ergänzt.

Indexlisten zu Friedhöfen, Namen, Grablagen, Todes- und Beisetzungsdaten sowie Staatsangehörigkeit ermöglichen Ihnen den gezielten Zugriff auf die einzelnen Datensätze und die Navigation von Datensatz zu Datensatz. Über eine Suchmaske können Sie außerdem im Volltext über die gesamte Datenbank oder auf einzelne Felder bezogen recherchieren.

Die Datenbank finden Sie unter:

<https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=2484>

Diese Datenbank wird laufend überarbeitet und ergänzt. Trotz größter Sorgfalt sind Fehler nicht auszuschließen. Bitte geben Sie uns eine Rückmeldung, falls Ihnen falsche Angaben auffallen. Gleiches gilt, wenn Sie ergänzende Informationen haben.

Falls Sie eine von Ihnen gesuchte Person nicht finden, obwohl Sie sicher sind, dass sie auf einem der Kölner Friedhöfe in einer Kriegsgräberstätte beigesetzt wurde, wenden Sie sich bitte ebenfalls an: nsdok@stadt-koeln.de

Füreinander. Gleiche Rechte für alle Menschen! Festival, 30. Juni – 1. Juli 2017, Köln-Mülheim



Ein Bündnis aus unterschiedlichen Vereinen, Initiativen und Bürger/innen aus Köln-Mülheim lädt ein: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Am 30. Juni und 1. Juli setzen Mülheimer

Initiativen auf der Basis von Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes mit einem 2 Tage dauernden lebendigen Festival ein Signal für ein friedliches geeintes Zusammenleben gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung.

Köln-Mülheim ist ein multikultureller Lebensraum – Heimat für Menschen aus aller Welt. Am 30.06. und am 01.07. feiern wir ein Fest, das den Zusammenhalt vor Ort stärken und erhalten soll. Dies geschieht in der Tradition der religionsliberalen Stadt Mülheim am Rhein und knüpft an Birlkte an – als ein Stück gelebter Kultur des friedlichen Miteinanders gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Es ist eine Einladung an alle, die an einer friedlicheren und humaneren Gesellschaft mitwirken wollen. Ein breites Bündnis engagierter Menschen aus dem Stadtteil hat ein bemerkenswertes Programm auf die Beine gestellt. Die Schirmherrschaft über das Festival haben Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Elfi Scho-

Antwerpes, Bürgermeisterin der Stadt Köln und Norbert Fuchs, Bezirksbürgermeister für den Stadtbezirk Köln-Mülheim, übernommen.

Folgende Redner erwarten Sie am 01.07. auf der Bühne an der Berliner Straße: Elfi Scho-Antwerpes, Festivalteam, Pfarrer Meurer, Ahmet Edis, Kemal Bozay, Volker Beck“

Am 1. Juli finden diverse Diskussionen, Vorträge und Lesungen statt, darunter

Unbedingt Blau

„Türkisch-deutsche Lesung aus dem Buch ‚Unbedingt Blau‘ von Adnan Keskin. Der Schriftsteller und Mitherausgeber (Schauspieler am Schauspiel Köln) Dogan Akhanli liest. Adnan Keskin berichtet in dem Buch autobiografisch von dem Kampf gegen die Militärdiktatur von 1980, dem Leben im Gefängnis und mehreren Ausbrüchen. Adnan Keskin hat im Allerwelts-Haus das Projekt ‚Erinnern und Handeln für die Menschenrechte‘ gegründet und viele Jahre gestaltet und ist im letzten Jahr verstorben.“

Ort und Zeit: 15 Uhr.; DIDF e. V., Berliner Straße 77 (hinter MütZe)

Die „Initiative Keupstraße ist überall“ möchte von Ihnen wissen: Was haben NSU Terrorismus, rechte Gewalt und persönliche Rassismuserfahrung in ihrem Leben verändert?

Ort und Zeit: 15.30 Uhr, Berliner Straße / Ecke Schützenhofstraße

Das komplette Programm unter:
<http://www.miteinander-fuereinander.eu/>

Das Orchester der Frauen

Lesung, Mittwoch, 5. Juli 2017, 19.30 Uhr, Domforum



Der Rom e.V. und der Kölner Katholikenausschuss laden ein: „Der Roma-Schriftsteller Jovan Nolic liest im Rahmen der Bleiberechtskampagne für langjährig Geduldete aus ‚Das Orchester der Frauen, die mich verlassen haben‘: ‚In seinen

Erzählungen berichtet der Autor, ein Rom, gelegentlich aus der Sicht seines Volkes. Eher zurückhaltend nimmt er diese Perspektive ein, nie verbindet er sie mit Anklagen oder Verteidigung‘ (Peter Pauls).

Musik: Markus Reinhardt

Moderation: Raoul Mörchen, Kulturjournalist

Eintritt: frei, um Spenden wird gebeten

Verschiedene Handlungsweisen gegen Rassismus und Rechtsextremismus Gespräch/Diskussion, Donnerstag, 6. Juli 2017, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache

Die Initiative „Kein Veedel für Rassismus“ Gruppe Agnesviertel lädt ein: „An diesem Abend wird darüber gesprochen werden, welche Handlungs- und Aktionsformen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten jede und jeder Einzelne für sich sieht. Es sollen

die verschiedenen Handlungsweisen erläutert und die persönlichen Gründe für die unterschiedlichen Aktionslevels dargestellt werden können.“

Ort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, Kleines Forum

„Identitäre“ Aktionen im Frankenger Viertel

Vortrag, Donnerstag, 6. Juli 2017, 19 Uhr, Frankenger Buchladen Aachen

Die Partnerschaft für Demokratie Aachen lädt ein: „Die ‘neue’ bzw. extreme Rechte drängt verstärkt in den öffentlichen Raum – und das Frankenger Viertel ist dabei schon heute keine Insel der Ruhe. Wie aber verhalten wir uns konkret gegenüber volksverhetzenden und diskriminierenden Plakaten und Aufklebern? Wie wehren wir uns gegen Angriffe von Neonazis?

Wir wollen mit dieser Veranstaltung eine Debatte anstoßen und den extremen Rechten deutlich machen, dass sie im Frankenger Viertel kein sicheres Hinterland haben. Der Frankenger Buchladen sowie Einzelpersonen aus dem Frankenger Viertel wollen mit Unterstützung des Projekts ‘Demokratie Leben!’ in einer Diskussionsveranstaltung über Akteure und Ideologien der ‘neu’-rechten Gruppen informieren.

Der Aachener Journalist Michael Klarmann wird in einem Impulsvortrag Einblicke in die lokale Struktur der ‘Identitäre Bewegung’ sowie in die rechtsextreme Szene in der Region geben.



Danach diskutieren wir gemeinsam über Strategien der demokratischen Gegenwehr.“

Ort: Frankenger Buchladen, Schlosstraße 12, 52066 Aachen

Eintritt: frei

Hinweis: Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Die Einleger sowie die Inhaber des Frankenger Buchladens behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser zu verweisen.

Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung

Vortrag, 13. Juli 2017, 19.30 Uhr, Friedensbildungswerk Köln



Das Friedensbildungswerk Köln, der Kölner Appell gegen Rassismus und das Sozialistische Forum Rheinland laden ein:

„Eine Studie des

Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung über den Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016: Ströme, Fluten, Invasionen – in den letzten Jahren bedienten deutsche Leitmedien Bilder von Flucht und Migration, die dazu geeignet sind, Menschen als Massen wahrzunehmen und weitere Entrechtungen von Geflüchteten zu legitimieren. Zwar wurde im Sommer 2015 in den Leitmedien noch positiv auf eine ‚Willkommenskultur‘ verwiesen, aber bereits zu dieser Zeit auch die Aufteilung in legitime Flüchtlinge und illegitime Flüchtlinge vorgenommen. Mit der voranschreitenden Krisenrhetorik änderte sich auch der Fluchtdis-

kurs. Merkels ‚Wir schaffen das!‘ korrespondierte mit Seehofers Warnung vor ‚massenhaftem Asylmissbrauch‘. Beide Positionen bildeten die diskursive Grundlage für die massive Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl, die mit dem Asylpaket 1 und 2 vollzogen wurde. Eng verknüpft erschien die Debatte um Flucht und Asyl mit der um rassistische Mobilisierungen und Brandanschläge. Zentral war dabei die Aussage, dass die Anwesenheit von Geflüchteten Ursache sei für rassistische Agitationen. Insofern wurde auch eine Beschränkung der Rechte Geflüchteter als Strategie gegen rassistische Gewalt interpretiert. Eine fatale Einschätzung, die an die Ereignisse und Debatten der frühen 1990er-Jahre erinnert.“

Referentin: Regina Wamper, Politologin und Mitautorin der Studie

Ort: Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11

Islamophobie und die politische Krise des Westens

Vortrag, 13. Juli 2017, 19 Uhr, Christuskirche

Die Akademie der Künste der Welt lädt ein: „Arun Kundnani Vortrag untersucht die Tragweite von Trumps Sieg und des Aufstiegs der extremen Rechten in Europa wie in den USA als Symptom einer epochalen Wende. Die mit der Wahl von Thatcher 1979 eingeleitete Ara des Neoliberalismus ist zu Ende. Die Frage ist, was stattdessen folgt. Bisher hat es die Rechte besser vermocht, die Krise zu verstehen und sie für ihre neue ‚Rassenpolitik‘ zu instrumentalisieren. Anstatt gegen die Globalisierung des Kapitals zu protestieren, rebellieren die Wähler gegen die Globalisierung der Arbeit und finden im Immigrantentum ein geeignetes Ziel für ihren verdrängten Groll. Liberale halten Rassismus – noch wie zu Zeiten des Kalten Krieges – für eine Gesinnung hasserfüllter, ignoranter Individuen. Die Rechte hingegen macht sich ‚Rasse‘ anders zunutze: als flexibles Mittel zur Mobilisierung von Identität, um die Macht des einen Prozents der Weltbevölkerung zu stärken, das den größten Teil des weltweiten Vermögens besitzt. In seinem Vortrag befasst sich Arun Kundnani mit diesen aktuellen Themen und

wirft die Frage auf, wie wir über deren Parameter hinausgehen können.

Auf den Vortrag folgt ein Gespräch zwischen Arun Kundnani und dem Akademie-Mitglied Stefan Weidner. Der Autor und Aktivist Arun Kundnani befasst sich seit Jahren intensiv mit den Themenkomplexen Rassismus, Islamophobie und Überwachung. Sein letztes Buch, ‚The Muslims are Coming! Islamophobia, Extremism, and the Domestic War on Terror‘, fand international Resonanz – der Guardian bezeichnete ihn als ‚einen der besten politischen Autoren‘ Großbritanniens. Kundnani lebt und arbeitet in New York.“

Vortrag in englischer Sprache

Ort: Christuskirche, Dorothee-Sölle-Platz 1

Eintritt: frei



Rassismus und Antisemitismus in der Schule. War da was?

Fachtagung, 13. September 2017, 9 Uhr, Universität zu Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, das Zentrum für LehrerInnenbildung und die Ruhruniversität Bochum laden ein: „*Antisemitisches und rassistisches Denken und Handeln spielen in der Alltagswelt von Schule eine bedeutsame Rolle – beispielsweise in Form der Schimpfworte "Du Jude" bzw. "Du Kanake" oder durch individuelle und institutionelle rassistische Benachteiligung.*

Die fachliche und pädagogische Qualifizierung von Lehrkräften in der Begegnung mit diesen Gewaltformen ist von besonderer Relevanz, um ein adäquates Handeln im Sinne einer differenzsensiblen Schulausrichtung einerseits und der Unterstützung von Betroffenen andererseits zu fördern. Wie Lehrkräfte mit diesen Herausforderungen umgehen, was sie darüber historisch und politisch wissen und weitergeben können, beeinflusst ihre SchülerInnen.

So wird zwar von Lehrkräften verlangt, dass sie sich gegen Antisemitismus und Rassismus in der Schule einsetzen. Es ist jedoch fraglich, wie sie zu diesen komplexen metakognitiven, (selbst)reflexiven Leistungen befähigt werden sollen, wenn die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus in den Curricula der universitären LehrerInnenbildung nicht verankert ist – sei es in den Bildungswissenschaften, sei es in den einzelnen Unterrichtsfächern und den Fachdidaktiken. Vor diesem Hintergrund kristallisiert sich eine Leerstelle zwischen der

Ausbildung von LehrerInnen und der Erwartung an ihr Professionsprofil heraus.

Diese Tagung bringt die Perspektiven der Rassismus-

und Antisemitismuskritik zur Unterstützung von Lehrenden ein, um gemeinsam mit ihnen relevante Theorien und Forschungsergebnisse kennenzulernen sowie Möglichkeiten der Implementierung einer rassismus- und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb der Schule und LehrerInnenbildung zu identifizieren. Die Tagung versteht sich dabei als ein Forum für Diskussionen und als Raum zum Austausch zwischen pädagogisch Tätigen, Studierenden, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der politischen Bildungsarbeit.“

Kosten: 15 Euro, erm. 10 Euro (für StudentInnen, ReferendarInnen, DoktorandInnen).

Ort: Universität zu Köln, Neues Seminargebäude

Anmeldung und weitere Informationen:

<http://zfl.uni-koeln.de/rassismus-antisemitismus-2017.html>

Rassismus und Antisemitismus
in der Schule.
War da was?

Zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit Bundesregierung beschließt Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus

Das Bundesministerium des Innern teilt mit: „Vor dem Hintergrund der Weltkonferenz gegen Rassismus der Vereinten Nationen 2001 in Durban und dem im Jahr 2008 erstmals aufgelegten Nationalen Aktionsplan (NAP) wurde der NAP auf Grundlage des Koalitionsvertrages um die Themen ‚Homo- und Transphobie‘ bzw. Homosexuellen- und Transfeindlichkeit erweitert und gänzlich neu aufgelegt. Der neue NAP ist ein weiterer Schritt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und steht in engem Zusammenhang zu der im Juli 2016 vorgelegten ‚Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung‘.

Bundesinnenminister Dr. de Maizière erklärte hierzu: ‚Deutschland ist eine freiheitliche, pluralistische Demokratie im Zentrum Europas mit einem etablierten Rechtsstaat, funktionierenden Institutionen sowie weit entwickelten Strukturen des demokratischen Engagements der Zivilgesellschaft. Rassismus und menschenverachtende Einstellungen sind mit unseren Grundwerten unvereinbar. Sie dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Repression und Prävention sind wesentliche Säulen der wehrhaften Demokratie.‘ [...]

Vor dem Hintergrund von Polarisierungen und Radikalisierungen in Teilen der Gesellschaft, u.a. in den Asyldebatten oder bei Anfeindungen betroffener Gruppen, wie z.B. Juden, Sinti und Roma, Muslimen, Schwarzen Menschen oder

lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Personen ist es eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich diesen Phänomenen fortwährend entgegenzustellen. Dabei leisten auch die Länder und Kommunen einen unverzichtbaren Beitrag, um gezielt auf Bedürfnisse und Probleme vor Ort zu reagieren. Zudem ist für die Bundesregierung insbesondere die Konsultation zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen von Bedeutung, die sie auch künftig in verschiedenen Formaten mit dem Ziel eines transparenten und konstruktiven Austausches fortsetzen wird.

Kern des NAP sind Positionen und Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern: Menschenrechtspolitik; Schutz vor Diskriminierung und Ahndung von Straftaten; Bildung und politische Bildung; Gesellschaftliches und politisches Engagement für Demokratie und Gleichwertigkeit; Diversität im Arbeitsleben, Aus- und Fortbildung sowie Stärkung interkultureller und sozialer Kompetenz im Beruf; Rassismus und Hass im Internet sowie Forschung.

Der NAP ist nicht als statisches Programm zu verstehen, sondern – im Rahmen der föderalen Zuständigkeit – eine Rahmensetzung seitens der Bundesregierung, offengehalten für weitere Diskurse im Sinne eines politischen Projekts.“

Der NAP zum Download unter:
www.bmi.bund.de

Demokratie stärken Kabinett beschließt Bericht zur Extremismusprävention

Das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend teilt mit: „Das Bundeskabinett hat am 14. Juni den von Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley vorgelegten ‚Bericht über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention‘ beschlossen. Der Bericht zeigt, wie sich die Arbeit auf dem Gebiet der Extremismusprävention im Laufe der Legislaturperiode entwickelt hat, und beschreibt die abgeschlossenen und laufenden Förderprogramme unterschiedlicher Ressorts der Bundesregierung. Deutlich wird, dass sicherheitsbehördliche Maßnahmen und Prävention Hand in Hand gehen müssen. Jeder Euro, der für Prävention investiert wird, trägt auch zur Verbesserung der Sicherheitslage bei.

Katarina Barley erklärte: ‚Wir dürfen nicht warten, bis sich junge Menschen radikalisiert haben. Denn dann ist es zu spät. Wir müssen frühzeitig ansetzen und flächendeckend handeln. Präventionsarbeit muss vor allem an den Orten geschehen, wo junge Menschen besonders gefährdet sind: auf den Schulhöfen und im Netz, aber auch beispielsweise in den Gefängnissen.‘

Die Bundesregierung bekräftigt in ihrem Bericht, dass sie Extremismusprävention und Demokratieförderung längerfristig und nachhaltig stärken will. Einige Erfolge auf dem Weg dahin wurden in dieser Legislaturperiode bereits erzielt: zum Beispiel die im Sommer 2016 vom Bundeskabinett verabschiedete ‚Strategie der

Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung', die Verdreifachung der für die Unterstützung der Zivilgesellschaft bereitgestellten Haushaltsmittel sowie 100 Millionen Euro für das Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Terrorismus ab dem Jahr 2018.

Zur Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus heißt es in dem Bericht: „Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass die Beratungsprozesse hinsichtlich der Zielerreichung von der überwiegenden Mehrzahl der Beratungsnehmenden als erfolgreich eingeschätzt wurden, wobei die regionale Verankerung und die personelle Kontinuität als besonders bedeutsam für dieses Ergebnis hervorgehoben wurden. Durch die damit einhergehende Stärkung von Zivilgesellschaft wurde das Angebot insgesamt als gelungener Präventionsansatz eingeschätzt.“ (S.10)

Und: „Weil die Beratungsnetzwerke und die Mobilien Beratungsteams sowohl zivilgesellschaftliches Engagement als auch die akzep-

tanzorientierte Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Akteure bei der Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher Probleme förderten, haben sie (gemeinschaftlich) an der Festigung und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und Verfahren insbesondere auf der lokalen, aber auch auf der Landesebene mitgewirkt. Dies kann als guter Ausgangspunkt zur (auch strukturell ausgerichteten) Demokratieförderung gewertet werden.“ (S. 22)

Der Bericht online unter:

<https://www.bmfsfj.de/blob/116788/c448f2c7385e5fee4e0bc011a59dc23d/bericht-extremismuspraevention-data.pdf>

Demokratie *leben!*

Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Zum Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss Forderung nach Verstetigung der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung teilt mit: „In seinem Abschlussbericht hat sich der 2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags für eine Verstetigung der Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgesprochen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) schließt sich der Forderung an und ruft die Bundesregierung zur Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes auf.

Die Forderung ist Teil eines kürzlich verabschiedeten Positionspapiers der BAGD in Reaktion auf erstarkenden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Diesen gesellschaftlichen Herausforderungen kann nur mit langfristig abgesicherten Strukturen wirksam begegnet werden.

Die drei zentralen Forderungen lauten:

Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes zur Verstetigung von Demokratieprojekten: Die bisherige Förderpraxis des Bundes ist jähr-

lich begrenzt. Für die Projekte bedarf es einer stabilen Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.

Konsequente Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus im Rahmen der Förderung: Insbesondere rechtspopulistische Organisationen und Parteien verbreiten gezielt Falschmeldungen und Gerüchte, um den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben. Diese Stimmung trägt auch zur Legitimierung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bei.

Bundesweites Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt: Von rassistischer Gewalt betroffene Menschen ohne sicheren Aufenthaltstitel sind im Straf- und Ermittlungsverfahren deutlich schlechter gestellt als andere Betroffene von Straftaten. Im Fall einer Abschiebung kann diese Personengruppe verbriefte Rechte nicht mehr wahrnehmen.“

Ausführungen zu den einzelnen Punkten finden sich im Positionspapier, das unter folgendem Link abgerufen werden kann:

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/bagd>

Neu in der Bibliothek

Die Stunde der Populisten



„Wir leben in unsicheren Zeiten“ – kaum ein_e Politiker_in kommt in Ansprachen ohne diesen vermeintlichen Hinweis aus (S. 6), der sich wie eine dunkle Wolke über die Gesellschaft zu legen scheint, die zu Teilen Angst und Gefühle von Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit regnen lässt. Der noch vor einigen Monaten mit einem ungläubigen Schmunzeln abgewiegelt Begriff des „Postfaktischen“, der politisches Denken und Handeln

beschreibt, bei dem nicht Fakten, sondern Emotionen Dreh- und Angelpunkt der jeweiligen Aussage sind, scheint heute omnipräsent und ernstzunehmendes Merkmal öffentlich geführter politischer Debatten zu sein.

Florian Hartleb macht mit „Die Stunde der Populisten“ bereits durch die Wahl des Titels mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass der „[...] Populismus in Deutschland angekommen“ (S. 100) ist. In seinem neuen Band, der zudem den auffallend plakativen Untertitel „Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können“ trägt, setzt sich der Politikwissenschaftler mit dem Phänomen des Populismus auseinander und knüpft damit an seine vorherigen Arbeiten an. Vordergründiges Ziel der Publikation ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten und Handlungsstrategien und -vorschläge gegen die mutmaßliche „Trumpetisierung“ der Gesellschaft aufzuzeigen.

Der Autor steigt in die Thematik ein, indem er aktuelle (welt-)politische Ereignisse, wie die bevorstehenden Wahlen in Deutschland oder die Präsidentschaft Donald Trumps in den USA, als Anlass benennt, über die gegenwärtige Erfolgswelle des Populismus nachzudenken. Er zeichnet ein eher dunkles Bild europäischer Politik und bietet dem/der Leser_in auf diesem Wege die Möglichkeit, sich in einem Crashkurs geschichtliches Hintergrundwissen über rele-

vante Parteien und aktuelles Politikgeschehen von Deutschland über Frankreich, Großbritannien, die Ukraine, über Russland bis zur Türkei oder Syrien anzueignen. Hartleb zieht durchweg vergleichend die aktuellen politischen Ereignisse in den USA hinzu und macht damit neue Ausmaße der Demagogie als mögliche Szenarien oder als mögliche Trends für Europa aus.

Ein Kapitel widmet sich ausschließlich dem „Trump-Phänomen“ (S. 13), in welchem ein umfassendes Bild von Trump auf seinem Weg in die Präsidentschaft gegeben wird. Trumps Agieren, insbesondere mit Blick auf den geführten Wahlkampf, dient hier als Musterbeispiel für emotionalisierte Politik und macht deutlich, dass auch abseits von Fakten und Realität politischer Erfolg möglich ist. Eine besondere Bedeutung spricht der Autor in dem Zusammenhang den Medien zu, die kaum mehr Möglichkeit zur differenzierten Informationsvermittlung oder zur Aufklärung über komplexe Sachzusammenhänge lassen würden, sondern vielmehr zum Instrument der ungefilterten Dauerbeschallung mutiert seien.

Hartleb wendet sich darüber hinaus der Begriffsbestimmung des Populismus zu, indem er diesen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und eine Art populistische Logik skizziert, welche nach Meinung des Autors dem simplen Muster „Wir gegen die da oben“ folgt. Des Weiteren charakterisiert der Autor auch den/die Populisten-Wähler_in, indem er diesem/dieser wenig Interesse für Fakten und größere Zusammenhänge und Angst vor Globalisierung und kosmopolitischen Entwicklungen zuschreibt. Hartleb bezeichnet die Wahl des Populisten als Protestwahl und nimmt auch hier aktuellen Bezug, wurden doch insbesondere die vergangenen Landtagswahlen durch die Medien zunehmend auch als Stimmungswahl bezeichnet. Hartleb spricht explizit nicht von Rechtspopulismus, sondern fasst unter „Populismus“ mehrere Strömungen zusammen. Populismus sei kein rationales, leicht nachvollziehbares Phänomen, dessen Logik müsse aber verstanden werden, um ihm entgegentreten zu können. Der Autor plädiert dazu, sich nicht abschätzig von Populisten und populistischen Bestrebungen abzuwenden, sondern diese ernst zu nehmen, hinzuschauen und sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen.

Daran anknüpfend befassen sich die abschließenden Kapitel dann mit der Bedeutung des

Phänomens für demokratische Strukturen und eröffnen konkrete Handlungsleitlinien und mögliche Gegenstrategien. Hier liegt der Fokus insbesondere auf der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Wahrnehmung ihrer Ressourcen. In einem abschließenden „Plädoyer für eine nachhaltige Politik“ betont der Autor die Wichtigkeit einer zuversichtlichen Politik, die Raum für eine kritische Öffentlichkeit lässt.

Hartleb nimmt den/die Leser_in mit „Die Stunde der Populisten“ auf eine Reise durch die Populismuslandschaft und liefert eine einführende Abhandlung über Ausprägungen und mögliche Auswirkungen des Populismusphänomens. Das

Buch ist mit seinen rund 230 Seiten kurzweilig und eignet sich als Einstiegswerk, um sich einen Überblick über die Dimension des Gegenstands zu verschaffen und lädt dazu ein, sich weitergehend mit dem Thema oder dessen Teilgebieten zu beschäftigen. (Julia Klatt)

Hartleb, Florian: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können
Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2017
ISBN: 978-3-7344-0464-1
240 Seiten, 16,90 Euro

Angriff der Antidemokraten



Der Verlag Beltz Juventa teilt mit: „Der Angriff der Antidemokraten erschüttert die Demokratie. Was sind Ziele und Methoden der neurechten Feinde der Demokratie, wer ihre Verbündeten? Und: wie können wir ihren Angriff abwehren?“

Freiheit, Gleichheit, Solidarität – die Grundwerte der Aufklärung und Europas sind ihnen verhasst. Gegen die Freiheit des Subjekts stellen sie den Zwang des Kollektivs. Pluralismus ist ihnen ein Graus, sie sehnen

sich nach Homogenität und Identität. Der Angriff der Antidemokraten, den wir seit einigen Jahren erleben, erschüttert die Demokratie – oft, weil sie demokratische Mittel einsetzen, um

die Demokratie von innen heraus zu zerstören. Was wollen die neurechten Feinde der Demokratie aber genau? Was sind ihre Ziele, ihre Methoden, ihre Verbündeten, ihre Kronzeugen bei ihrer völkischen Rebellion? Samuel Salzborn gibt Antworten auf diese Fragen, analysiert die Strategien der gegenwärtigen Bewegungen und Parteien, und deckt die historischen Kontinuitäten seit der Konservativen Revolution der Weimarer Republik auf – und formuliert Vorschläge, wie wir den Angriff der Antidemokraten abwehren können.“

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten
Beltz Juventa, Weinheim 2017
ISBN: 978-3-7799-3674-9
224 Seiten, 14,95 Euro

Am rechten Rand

Neonazistische Verteilaktion: Der Kreisverband Rhein-Erft der neonazistischen Kleinstpartei „Die Rechte“ führte im Juni eine Flugblattverteilung durch. Die Neonazis verteilten Anfang Juni Flugblätter in Hürth, in der sie Migranten des sexuellen Übergriffs einer 17-Jährigen be-

schuldigen und Hetze gegen Geflüchtete betreiben. Außerdem veranstalteten sie eine Kundgebung in Bergheim mit wenigen Teilnehmer_innen unter dem Motto „Asylflut stoppen“. (ma)

Tag der deutschen Zukunft: Bereits zum neunten Mal fand der Tag der deutschen Zukunft (TddZ), eine Kampagne hauptsächlich ost- und westdeutscher Neonazi-Gruppierungen, statt. Dieses Mal fand die Demonstration am 3. Juni in Karlsruhe statt. Unter den rund

300 Teilnehmenden fanden sich auch die Neonazis vom Syndikat 52, der Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaft Aachener Land, deren Mitglieder aus dem Raum Aachen, Düren und Heinsberg kommen. Ebenso nahmen einzelne Neonazis aus Köln teil. (ma/kg)

Pyrotechnik gegen Geflüchtetenunterkunft: Ein dritter Versuch sollte am 23. Juni unternommen werden, den Brandanschlag in der Nacht vom ersten auf den zweiten Januar 2016 auf eine Unterkunft Geflüchteter in Köln-Mülheim zu verhandeln. Die beiden Angeklagten sollen ein Fenster eingeschlagen und versucht haben, Pyrotechnik in den Raum zu werfen, in dem sich eine größere Anzahl von Personen aufhielt. Im ersten Anlauf räumten die

Beschuldigten die Tat ein, gaben jedoch an, sie hätten die Bewohner_innen nur erschrecken wollen. Es kam jedoch zu keinem Urteil, da eine Zeugin nicht erschienen war. Der zweite Versuch scheiterte, da ein Schöffe erkrankt war. Nun konnte auch der dritte Prozess nicht beginnen, weil einer der Angeklagten nicht erschien. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. (he/ma)

Einreiseverbot für russische Nazi-Hooligans: Drei von fünf russischen Neonazis die 16.06.2016 auf der Domplatte spanische Touristen unter anderem wegen eines „Refugees Welcome“-T-Shirt brutal angegriffen hatten (s. ibs-Newsletter Juli 2016) legten im Juni 2017 Berufung gegen das erste Urteil ein. Gestoppt wurden die Russen nur durch einen Zivilbeamten der einen Warnschuss abgab und

dann seine Pistole auf die Männer richtete. Da sie trotz guter Kontakte zur russischen Botschaft nicht die Aufhebung ihres Einreiseverbotes vor dem Prozess beantragten, musste die Berufung verschoben werden. Außerdem zog ein Angeklagter, der Haupttäter, seinen Berufungsantrag zurück. Unklar ist, wann ein neuer Termin für die Berufung angesetzt wird. (ma)

Bildnachweise:

- S.2 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- S. 3: Manfred Wegener (o.), Jan Krauthäuser (u.)
- S. 4: emons-Verlag
- S. 5: Bilderbuch Köln
- S. 6: Georg Bungarten/NS-DOK
- S. 7: Karola Fings
- S. 8: miteinander-füreinander (o.), Arbeitskreis Kalk (u.)
- S. 9: privat/Rom e.V. (o.), Partnerschaft für Demokratie (u.)
- S. 10: Friedensbildungswerk (o.), Diane Russo (u.)
- S. 11: Kölnische Gesellschaft/ZfL
- S. 14: Wochenschau Verlag
- S. 15: Beltz Juventa

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de